

## ANTRAG 1

der NÖAAB-FCG – AK Fraktion  
an die 9. AKNÖ Kammer-Vollversammlung der XV. Funktionsperiode  
am 04. Mai 2018

### *Schutz des Bediensteten in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen vor Gewalt*

Es gibt immer öfter Vorfälle, bei denen Pflegekräfte, Ärzte, Therapeuten und andere Bedienstete in den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen Opfer von verbalen oder körperlichen Attacken werden, sie sind zunehmend brutaler seelischer und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Das Schicksal dieser betroffenen Bediensteten dringt selten an die Öffentlichkeit. Durch einseitige Berichterstattung in den Medien zugunsten der pflegebedürftigen Menschen wird ein negatives Meinungsbild des Personals in der Öffentlichkeit geformt. Die Übergriffe gegenüber Pflegebediensteten und Ärzten müssen schon sehr spektakulär sein, um Eingang in die öffentliche Berichterstattung zu finden.

Patienten und Betreute sind oft Stresssituationen ausgesetzt. Das gilt für den Verunfallten in der Notaufnahme genauso wie für alte Menschen in Heimen, die aus der gewohnten Umgebung entrissen wurden. Die Ursachen für Aggression bis hin zu Gewaltausbrüchen sind daher sehr unterschiedlich. Sie reichen von bestimmten neurologischen und psychiatrischen Erkrankungen sowie psychoaktiven Drogen (z.B. Alkohol und Kokain) bis hin zu Medikamenten (wie z.B. Phencyclidin, Sedativa, Amphetamine). Aggressive Handlungen können dann plötzlich, ungerichtet und unberechenbar auftreten. Nicht zu vergessen sind dabei auch Aggressionen, die auf Unverständnis bzw. nicht verstanden werden zurückzuführen sind. Solche Situationen entstehen sehr oft, wenn verschiedene Kulturen aufeinandertreffen oder Sprachbarrieren bestehen. Mit welchen Gefahren Bedienstete konfrontiert werden, zeigt ein Vorfall in einem Landeskrankenhaus im Jänner 2018, wo von der Polizei eine Pistole eines Patienten unter der Matratze gefunden und beschlagnahmt wurde.

Zahlreiche Studien weisen auf die hohen Prozentsätze von Gewalt gegenüber Bediensteten hin (z.B. 56% hatten innerhalb eines Jahres körperliche, 78% verbale Gewalt erlebt). Am stärksten betroffen von körperlicher Gewalt waren Beschäftigte der stationären Altenpflege. Weitere relevante Berufsbilder sind die Jugendhilfe, die Psychiatrie, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, sowie ganz allgemein Ambulanzen, Aufnahmestationen, Not- und Bereitschaftsdienste und Nachtdienste.

Weil aggressives Verhalten Teil des Krankheitsbildes der Patienten und betreuten Personen sein kann, werden Übergriffe in helfenden und pflegenden Berufen oft als hinzunehmendes Berufsrisiko angesehen. Dieser falschen Haltung muss entschieden widersprochen werden – jeder Beschäftigte hat ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und niemand muss Angriffe auf seine Person als berufliches Risiko hinnehmen. Fälschlicherweise sind Gewalterlebnisse mit Scham verbunden und mit einem Tabu belegt, weil die Meinung vorherrscht, dass Profis diese Übergriffe „aushalten“ können. Und die Toleranzgrenze ist bei sogenannten „dienenden“ Berufen meist immens hoch.

**Die NÖAAB-FCG AK-Fraktion stellt in der 9. Vollversammlung der XV. Funktionsperiode der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich den Antrag, den Gesetzgeber aufzufordern, verpflichtend folgende Maßnahmen vorzusehen:**

- **Schriftliche Dokumentation von Übergriffen auf Beschäftigte als Bestandteil der verpflichtenden Arbeitsplatz-Evaluierung inklusive Überprüfung der getroffenen Maßnahmen durch das Arbeitsinspektorat.**
- **Sensibilisierung zum Thema Gewalt gegen Bedienstete in den Gesundheits- und Sozialberufen als eigener Schwerpunkt in der Ausbildung**
- **Rechtsanspruch auf Supervision**
- **Ausreichende Personalbesetzungen entsprechend dem jeweiligen Gefährdungs- und Gewaltpotential, d.h. wo erhöhte Aggression zu erwarten ist, zumindest Doppelbesetzung**
- **Betriebe müssen verpflichtet werden, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch durch technische und bauliche Maßnahmen vor Übergriffen zu schützen**
- **Ein geeignetes Alarmierungssystem und eine funktionierende Rettungskette, die innerhalb kürzester Zeit Erste Hilfe ermöglichen.**